

## Stellungnahme der Freiheitlichen Partei zum WdF-Forderungskatalog 2008

### die Führungskräfte persönlich betreffend

- **Einkommenssteuer: Senkung des Spitzensatzes auf 48% bei gleichzeitiger Anhebung des Spitzensteuersatz-Schwellenwerts auf 100.000 Euro (derzeit 51.000,-)**

Die FPÖ tritt für eine Entlastung im Bereich des Spitzensteuersatzes ein, wobei einer Ausweitung des Spitzensteuersatz-Schwellenwerts, ab welcher der Spitzensteuersatz von 50% einsetzt, von derzeit 51.000 Euro auf 70.000 Euro der Vorzug gegeben wird. Aus FPÖ-Sicht müssen automatische jährliche Steuererhöhungen durch die sog. kalte Progression beseitigt werden. Dazu ist es nur notwendig, die Grenzen für die Tarifstufen jährlich an die Entwicklung des Verbraucherpreisindex anzupassen.

- **Gleichbehandlung aller Arbeitseinkommen durch Besteuerung von einem Siebentel des Jahreseinkommens (inkl. Leistungstangenten, Prämien etc.) mit 6 % (Einschleifregelung beim Vierfachen der Höchstbeitragsgrundlage)**

Grundsätzliches ist es nicht verständlich, dass Arbeitseinkommen bei gleicher Leistung unterschiedlich besteuert werden. Die Sechstelbegünstigung für Arbeitnehmer sollte daher auf alle Arbeitseinkommen ausgeweitet werden. Gerade die immer größer werdende Zahl der Einpersonnenunternehmer muss diese steuerliche Begünstigung in Anspruch nehmen können! Der „Gerechtigkeit“ und „Fairness“ in der Einkommensbesteuerung sollte mehr Gewicht beigemessen werden.

- **Bessere Vereinbarkeit von Beruf & Familie durch**
  - **Steuerliche Absetzbarkeit von Haushaltshilfen, Hilfen für Altenpflege und Kinderbetreuung auch für private Haushalte**
  - **Flexible Betreuung bei öffentlichen Kindergärten (einheitlich für Gesamtösterreich)**

Die FPÖ spricht sich für die Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen aus. In Finnland sind Ausgaben z. B. für Putztrupps von der Steuer absetzbar – und somit deutlich günstiger. Dadurch entstanden in den letzten 3 Jahren rd. 10.000 permanente legale Arbeitsplätze zu marktgerechten Bedingungen.

Modell: 60 Prozent des für Haushaltshilfen und haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Rasenmähen, Reparaturen am Haus,...) gezahlten Lohns, können von der Steuerbemessungsgrundlage abgesetzt werden. Um bis zu 2.300 EUR im Jahr pro erwerbstätige Person (nicht Haushalt!) kann die Steuerbemessungsgrundlage reduziert werden. Durch die Einfachheit des Modells sind die Administrationskosten äußerst gering.

Nach dem Auslaufen des Kinderbetreuungsgeldes (i. d. R. nach 2,5 Jahren) ist es mit der staatlichen Unterstützung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie dürftig bestellt. Insbesondere das Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten ist in manchen Bundesländern sehr gering.

Unserer Ansicht nach sollten steuerliche Maßnahmen gesetzt werden, um diese Vereinbarkeit zu unterstützen. Eine Möglichkeit besteht darin, die Kinderbetreuungskosten als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben zum steuerlichen Abzug zuzulassen.

Eine weitere Variante würde darin bestehen, dass das „Finnische Modell“ wie oben dargelegt, Absetzbarkeit von haushaltsnahen Dienstleistungen auf die Kinderbetreuung bzw. auf die Altenpflege ausgeweitet wird.

Die FPÖ kann sich durchaus eine Flexibilisierung im Bereich der öffentlichen Kindergärten vorstellen.

## den Wirtschaftsstandort Österreich betreffend

### Infrastruktur/Wissenschaft

- **Vorantreiben von weiteren Alternativ-Szenarien zur Abhängigkeit von Erdöl**

Die FPÖ bekennt sich zur Umstellung der Energieversorgung in Österreich auf ausschließlich heimische, regenerative Energiequellen. Die FPÖ will die Abhängigkeit von Erdöl und Erdgas beenden.

- **Förderung der stark exportfähigen Umwelttechnologien**

Im Bereich der Umwelttechnologie ist Österreich in einigen Gebieten der erneuerbaren Energien an vorderster Stelle vertreten. Dementsprechend hoch sind auch die Exportquoten heimischer Unternehmen in diesem Bereich. Es gilt, diese Exportfähigkeit österreichischer Firmen zu bewahren bzw. auszubauen. Denn nur wer heute genügend Kapital in Forschung und Entwicklung steckt, hat die Möglichkeit, morgen über markt- bzw. exporttaugliche Produkte zu verfügen.

- **Österreich als Vorreiter bei Informations- und Kommunikationstechnik global positionieren**
- **Landesweite Infrastrukturmaßnahmen (Förderungen): leistbares Breitband für alle**

Die Forcierung der Informations- und Kommunikationstechnologie in Österreich ist weiter zu stärken. Daher sind auch die entsprechenden Mittel für die Breitbandoffensive aus dem Budget bereit zu stellen.

### **Bildung**

- **Verstärkte Ausbildung in Wirtschafts- und Finanzfragen in AHS und BHS (Förderung des Entrepreneurship in den Schulen)**

Eine Forderung der FPÖ ist, dass bereits in der Mittelschule der Unterrichtsgegenstand Wirtschaft gelehrt werden muss, um das Verständnis für Wirtschaftskreisläufe sowie unternehmerisches Denken zu fördern.

- **Entwicklung zu autonomen „Schul-Unternehmen“: Freie Wahl der Mitarbeiter = Lehrer**

Aus Sicht der FPÖ hat der Staat die Rahmenbedingungen, die Finanzierung und die grundlegenden Zielvorgaben für das Bildungssystem festzulegen und die Schulaufsicht, insbesondere hinsichtlich Qualitätskontrolle, auszuüben. Alles Weitere soll Gegenstand der Schulautonomie sein.

### **Bürokratieabbau**

- **Konsequente Umsetzung der Verwaltungsreform (z.B. im Sinne der Ergebnisse der Raschauer-Kommission) und Fortführung der bereits auf Bundesebene umgesetzten Reformen auch in allen Bundesländern.**
- **Nutzung des Finanzlastenausgleiches, um die Bundesländer zur raschen Umsetzung der Verwaltungsreform zu animieren**

Auf der Grundlage des 2005 abgeschlossenen Österreich-Konvents ist aus Sicht der FPÖ eine umfassende Verwaltungsreform (schlanke Staatsstruktur) einzuleiten. Damit verbunden ist auch die Schaffung einer modernen, zeitgerechten und vor allem effizienten Bundesverfassung. Das Ziel – Einsparungen von 2 bis 3 Mrd. EUR - darf nicht aus den Augen verloren werden, damit wir freie Budgetmittel für die Steuerreform haben. Die Bundesländer sind mit entsprechenden Mitteln zur Teilnahme an der Verwaltungsreform zu verpflichten.

## Arbeitsmarkt

- **Objektive Postenvergabe in staatsnahen Unternehmen**

Proporz und Postenschacherei feiern in der Großen Koalition wieder fröhliche Urstände. Das typische SPÖ-ÖVP-Proporz-Postenschacherspiel wurde z.B. auch bei der Nachbesetzung der Vorstandsposten der ASFINAG, ÖBB usw. getrieben. Bevor die Ausschreibung begonnen hatte, standen bereits die künftigen Stelleninhaber fest. Für die FPÖ gilt, dass für alle Österreicher das gleiche Recht muss. Schluss mit Proporz und Postenschacher.

- **Pensionisten: Abschaffung der Geringfügigkeitsgrenze von 349,01 Euro pro Monat (bei Vorliegen der gesetzlichen Versicherungsmonate)**

Die Zuverdienstgrenze spielt keine Rolle bei Personen, die die reguläre Alterspension beziehen, wohl aber bei Wochengeldbezieher und Personen mit „Frühpensionen“. Wer Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit bezieht, darf Euro 730,- p.a. aus anderen, nicht aber aus zusätzlichen unselbständigen Einkünften steuerfrei dazuverdienen. Euro 349,01 führen zu keiner Nachzahlung bei der Sozialversicherung, wenn man diese Einkünfte als Einzelunternehmer hat.

Aus Sicht der FPÖ ist ungerecht, dass Einkünfte unterhalb der Geringfügigkeitsgrenze bei Pensionisten, die noch im Rahmen einer Personengesellschaft tätig sind, sozialversicherungsbeitragspflichtig sind. Hier besteht aus Gründen der Gerechtigkeit Handlungsbedarf. Aus unserer Sicht ist die Geringfügigkeitsgrenze sehr niedrig. Diese gilt es zu erhöhen, jedoch nicht abzuschaffen. Denn die FPÖ will das Frühpensionistentum nicht fördern.

### die Region „Europa“ betreffend

- **Verstärkte Bemühungen der österreichischen Politik zum Ausbau der Wirtschafts- und Sozialregion Europa und Bewusstseinsbildung für deren Wichtigkeit, um gegen Fernost und die USA wettbewerbsfähig zu bleiben**

Die FPÖ stand und steht einer europäischen Einigung positiv gegenüber. Die EU setzt jedoch nach freiheitlicher Auffassung vielfach auf falsche Schwerpunkte. Ziel der FPÖ ist eine europäische Integration als Staatenverbund von souveränen europäischen Staaten. Damit sich Europa im Zeitalter der Globalisierung gegenüber Fernost, den USA, Russland und gegenüber der islamischen Welt behaupten kann. Jedoch ist das Bekenntnis der FPÖ ein Bekenntnis zu einem Europa, das im Inneren möglichst föderativ und dezentral organisiert ist.